

19. Mai 2010

Hilfe für Griechenland – alternativlos?!

Eugen Schlachter, MdL

Solidarität, Stabilität und Konsequenzen für Baden-Württemberg

Die Griechenland-Krise ist nicht nur eine Krise des Euro, es ist eine Krise Europas. Am europäischen Haus tun sich Risse auf, vor allem an der Südseite und wir Europäer müssen nicht nur die Risse kitten, sondern auch Strukturen und Fundamente stärken, wollen wir Europa vor dem Abbröckeln oder gar dem Einsturz bewahren.

Mehr noch als Andere haben wir in Deutschland und besonders in Baden-Württemberg als außenwirtschaftlich dicht verflochtenes Land, gute Gründe, die Stabilität der gemeinsamen Währung, den Wert des gemeinsamen Wirtschaftsraumes zu schätzen und zu schützen. Nebenbei bemerkt ist unsere Landesbank mit zwei

Milliarden Euro in Griechenland engagiert; die deutschen Banken zusammen mit rund 40 Milliarden.

Würden wir jetzt nicht helfen, so wäre das auch ein negatives Signal an die Finanzmärkte, was andere Länder wie Spanien oder Portugal betrifft; weiteres Zögern verschärft die Krise.

Die Europäer müssen in der ersten großen Krise seit der Währungsunion zusammen stehen, sonst wird Europa nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Rollback erleben – die nationalistischen Geier warten schon auf das Scheitern des Euro.

Zusammenstehen heißt aber nicht, dass nun alle paar Monate eine Rettungsaktion mit einem dreistelligen Milliardenvolumen notwendig wird. Im Gegenteil, ein zweites Griechenland darf es nicht geben. Griechenland und andere müssen auf den Pfad der finanzpolitischen Nachhaltigkeit zurück finden und auch ein wenig geleitet werden. Ich sage deutlich: Wer am europäischen Tisch sitzen will, muss sich an

die Tischsitten halten – und alle sollten dies auch von sich selbst verlangen.

Im Zusammenhang mit der Griechenland-Krise gibt es nun von allen Seiten Rufe nach einer strengeren Regulierung der Finanzmärkte. Dies ist richtig, aber es nicht der Kern des griechischen Problems. Spekulanten können nur dort aufspringen, wo es schon Schieflagen und Risiken gibt.

Die Spekulation an den Finanzmärkten hat die griechische Krise nicht aus-gelöst sondern nur aus-genutzt.

Aber exakt die Verbindung Finanzmärkte, Spekulation und Griechenland lassen in unserem Land mal wieder den Lügenaktionismus der Politik sprießen. Ministerpräsident Mappus und SPD-Spitzenkandidat Dr. Schmid fordern seit letzter Woche unisono, dass man die Finanzmärkte schärfer an die Kandare nehmen müsse um den Spekulanten das Handwerk zu legen. CDS und CDO's müsse man verbieten.

Gerade aber solche Papiere hat die LBBW seit einigen Jahren in ihren Büchern, brauchte zur Abschirmung vor der Pleite dazu einen Rettungsschirm des Landes von 12,7 Mrd. Euro und 5 Mrd. Euro Kapitalerhöhung. Beide genannten Herren und jede Menge Prominenz von CDU, FDP und natürlich SPD (wo es gut honorierte Jobs gibt vergisst der SoZi den Klassenkampf). Die große Koalition regierte doch die letzten vier Jahre – warum haben die tapferen Jungs da nichts gemacht. Die SPD stellte von 1998 bis 2009 den Finanzminister, welcher politisch für die Finanzmarktaufsicht verantwortlich ist. Ich wundere mich nicht, wenn die Menschen da verdrossen werden und der Wahl fern bleiben.

Das beste Rezept gegen Spekulation heißt daher „nachhaltige Finanzpolitik“ und „stabile Staatsfinanzen“, will sagen: „Ausgaben an den Einnahmen ausrichten“. Die Notwendigkeit der wirksamen Regulierung der Finanzmärkte ist bereits lange vor der griechischen Krise offenkundig geworden. (Hinweis auf eigenes Papier von Sommer 2009)

Verursacher der Schieflagen in Griechenland sind aber nicht in erster Linie Spekulanten an den Finanzmärkten, die Hauptursachen liegen in der griechischen Klientelpolitik, liegen in Geschenken des Staates an seiner Bürger und seine Beamten auf Pump. Die Folge ist eine öffentliche Neuverschuldung 2009 von 14% des BIP, die die Finanzmärkte aufgeschreckt hat.

Warum fehlt dem griechischen Staat das Geld?

In Griechenland liegt das effektive Aufkommen der Einkommensteuer bei 4,7 %des BIP, verglichen mit 10,4% im EU-Durchschnitt und 7% in Deutschland. Nach dem Weltbild der FDP herrschen in Griechenland also offenbar paradiesische Verhältnisse.

Hintergrund für das niedrige effektive Steueraufkommen sind die vielen Sondertatbestände im Steuerrecht, welche wir ja auch haben.

Überdies wird das Steuerrecht nach meinem Kenntnisstand in Griechenland auch nicht konsequent durchgesetzt (wie bei uns)

Ein Punkt, der in der Debatte um die Ursachen häufig übersehen wird, sind die hohen Rüstungsausgaben von fast 5% des BIP, das

sind 2% mehr als der Durchschnitt der OECD. Bei einem BIP von 250 Mrd. sind dies 5 Mrd. Euro jährlich und damit der Zins – in normalen Zeiten – für Staatsanleihen im Wert von 120 Mrd. Euro und damit die Größenordnung des Hilfspakets, um das es jetzt geht. Machen wir uns nichts vor, unsere deutschen Rüstungsexporte sind Teil der griechischen Schieflage und sie sind Bestandteil des Kreditvolumen deutscher Banken.

Griechenland hat insgesamt ein Außenhandelsdefizit von 8 Mrd. Euro davon 6 Mrd mit Deutschland – ein Gutteil davon für Rüstungsgüter - ; ein Defizit, das also den deutschen Exporten zupass kam und an dem auch wir in Baden-Württemberg gut verdient haben - auch für Deutschland war das Wegsehen lukrativ und bequem.

Wie im Berliner Flurfunk zu hören war, haben Merkel und Sarkozy – auch die Franzosen liefern Rüstung nach Griechenland – darauf bestanden, dass die Rüstungsaufträge an Deutschland und Frankreich im Rahmen der Sparmassnahmen NICHT storniert

werden. Aber dies wie gesagt, Meldungen aus dem Flurfunk, die ich nicht mit Dokumenten belegen kann.

Was folgt aus dem gesagten? Was ist mein Fazit?

Ich denke, es sind jetzt drei Schritte angesagt:

Erstens: Solidarität

Zweitens: Stabilität oder besser „Pfade zur Stabilität“

Drittens: Konsequenzen für uns selbst, was Lernen wir aus der Griechenland-Krise?

Erstens: Solidarität. Zur Hilfe für Griechenland – mit klaren Auflagen – gibt es keine Alternative. Die Landtagsfraktion ist mir und dem Fraktionsvorsitzenden Kretschmann bei dieser Einschätzung gefolgt, die grüne Bundestagsfraktion hat den Gesetzentwürfen zur Griechenlandhilfe zugestimmt.

Zweitens: Solidarität bedingt mehr Stabilität. Hier muss sich die Politik, die europäische ebenso wie die deutsche Politik, klar

machen, dass bei der Haushaltskonsolidierung in Griechenland, im Süden und in allen anderen Himmelsrichtungen, jetzt Entschlossenheit, Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit angesagt ist. Aber wer die Einhaltung des europäischen Stabilitätspaktes einfordert, muss selbst Beispiel geben – hier können wir uns an die eigene Nase fassen.

Griechenland kann nur zur Stabilität finden, wenn sein öffentlicher Haushalt auf den Pfad der Nachhaltigkeit kommt, ohne Tricks und Drehs. Aber auch bei harten Einschnitten ist dies nicht in einigen Monaten oder wenigen Jahren zu schaffen – es geht um eine strukturelle Anpassung, einen Perspektivenwechsel, auch der politischen Kultur und im Bewusstsein der Bürger. Und es geht um einen Zeithorizont ähnlich dem der Deutschen Einheit.

Ziemlich neben der Spur ist allerdings in diesem Zusammenhang die Forderung unseres kenntnisreichen Außenministers Guido Westerwelle nach einer europäischen Schuldenbremse, denn die haben wir längst- sie beträgt 60% des BIP. Aber sie muss ernsthafter und unabhängiger überwacht werden – ich meine, die EU sollte

einen unabhängigen Europäischen Stabilitätsrat einrichten und ihm Befugnisse für Sanktionen geben. Wer laufend gegen die finanzpolitischen Tischsitten verstößt, muss Sanktionen hinnehmen bis zum Verlust von Förderprogrammen aus europäischen Fonds oder - als ultima ratio – dem Verlust von Stimmrechten.

Wir brauchen auch einen institutionellen Mechanismus zur vorsorgenden Erkennung, weitgehender Vermeidung und Bewältigung von Haushaltsnotlagen in Europa. Dies bedeutet in der Konsequenz auch eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

Europäische Wirtschaftspolitik: Deutsch oder Französisch?

In Europa besteht Einigkeit, dass es eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik geben muss – allerdings verstehen nicht alle das Gleiche darunter. Während die Franzosen, die auch „zu Hause“ eine deutliche zentralistische Politik gewohnt sind, gerne einen „Rat der Eurozone“ einrichten wollen, der fast Weisungsrechte gegenüber der Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten hätte, bevorzugen die

Deutschen einen Rahmen, der dem deutschen Föderalismus ähnelt: Also klare Rahmenbedingungen nach dem Beispiel „Schuldenbremse“ aber kein direktes „Reinregieren“ aus Richtung Europa. Dass die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde schon mehrfach den deutschen Exportüberschuss als Mitursache der Schief lagen angesprochen hat, lässt natürlich in Berlin die Alarmglocken klingeln.

Die französische Vorstellung eines „Rats der Eurozone“ würde auch die Briten an den „Rand drängen“, da sie nicht dazu gehören; außerdem hat sich der neue Premierminister David Cameron gegen eine Beteiligung am Euro-Schutzschirm entschieden – vor allem aus innenpolitischen Gründen.

Will sagen: Im Rahmen der Euro-Krise werden die strategischen Karten neu gemischt. Nicht nur was den Süden gegenüber dem Norden betrifft gibt es in Europa sehr unterschiedliche Vorstellungen von Nachhaltigkeit der Finanzen. Es gibt in den Kernländern Frankreich und Deutschland auch sehr unterschiedliche

Regierungskulturen und Vorstellungen darüber wie ein künftig stärker „koordiniertes“ Europa aussehen soll.

Eine Brandmauer gegen die Währungsspekulanten

Etwas anderes und weiteres ist die Spekulation auf Kursverluste des Euro- hier sind international Jungs mit dicken Portemonnaies unterwegs, um auf einen Kursverfall des Euro zu wetten. Das Beispiel von George Soros, der 1992 bei der Spekulation gegen das Pfund etwa eine Milliarde verdient – das lockt doch manchen

Das geht einfach so: Du leihst Dir Euro – so etwa 10 Milliarden reichen schon – und verkaufst diese bei einem ohnehin vorhandenen Abwärtstrend. Wenn der Kurs unten ist kaufst Du sie wieder zurück. Bei einem Kursverlust von 10% hast Du eine Milliarde verdient.

Das Problem ist, dass durch diese Spekulationen der Euro weiter unter Druck kommt und die Zinsen in der Euro Zone steigen. Dies

macht die Refinanzierung der schwachen Länder der Euro-Zone noch schwieriger.

Die EU hat jetzt eine „Brandmauer“ von 750 Mrd Euro errichtet – dagegen werden die Spekulanten nicht so leicht ankommen.

Drittens: Konsequenzen für uns in Baden-Württemberg

Die Haushaltssituation in Baden-Württemberg heute ist nicht erfreulich, aber nun wirklich nicht vergleichbar mit Griechenland. Aber machen wir uns nichts vor- der griechische Virus hat auch Baden-Württemberg längst befallen. Bei uns ist die Epidemie nur noch nicht ausgebrochen!

Wir runzeln die Stirn über Beamtenpensionen von 94% in Griechenland, aber auch bei uns baut sich eine Lawine von Pensionsverpflichtungen auf. Diese belaufen sich in 2010 auf 2,9 Mrd. Euro jährlich; in 2020 sind es 5,3 Mrd. Euro jährlich.

(Aussagen zur Schulden- und Zinsentwicklung dazu)

Meine Damen und Herren, diese Pensionslawine, die den Haushalt erdrücken würde, ist nicht das Werk von internationalen Spekulanten und es ist - mit Blick auf das Jahr 2020 und danach - ein bisher ungelöstes Problem – es ist das Werk des griechischen Virus. Die Beamtenpensionen sind 2009 um 3% gestiegen, die Renten um Null %. Die Beihilfe für Pensionäre ist 70%, für Rentner 50% - nur zwei Beispiele.

Ich habe einen sanften Anstieg, bzw. für Beamte des höheren Dienstes eine Nullrunde gefordert. Nachdem dies abgelehnt wurde, war ich so frei bei dieser Entscheidung im Landtag mit „Nein“ zu stimmen. Mein Abstimmungsverhalten hätte schon mal 700 Mio. Euro gespart- pro Jahr, für jedes künftige Jahr.

Wachstum deckte einen diskreten Schleier über manche Schieflagen und Strukturprobleme, aber das ist vorbei. Auch Baden-Württemberg wird sich auf andere Zeiten einstellen müssen, auch Baden-

Württemberg muss umsteuern zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik mit weniger Wachstum.

Und Baden-Württemberg muss bei der Darstellung seines Haushalts die Trickserei – wegen Befall mit Griechenland-Virus – endlich aufhören.

Beispiele: Zero Bonds

LBBW-Kapital – Ertragsverkauf an L-Bank

LBBW-Kapitalerhöhung – Finanzierung außerhalb HH

Der Ministerpräsident weigert sich noch, konkrete Maßnahmen zu nennen – das Weggucken, das Verschieben und Verbrämen, ist auch Teil des griechischen Virus. Aber das löst keine Probleme.

Auch in Griechenland gab es bestimmt immer einen wichtigen Wahltermin, der verhinderte, die Wahrheit auszusprechen.

Professor Meinhard Miegel, ein eher konservative Vordenker, schreibt in seinem neuen Buch „Exit – Wohlstand ohne Wachstum“ (Seite 37)

„Für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist die Zeit gekommen, sich von den Wertschöpfungs- und Verteilungsstrukturen, die unter historischen Bedingungen entstanden sind, zu lösen und zeitgemäße Formen der Erlangung von Einkommen, Transferansprüchen, sozialer Einbindung und gesellschaftlichem Status zu entwickeln“.

Die Krise sollte uns Anlass geben weiter zu denken, sonst wird Politik nur noch zum Reparaturbetrieb verfallender Weltbilder.

Lassen Sie mich in diesem Sinne schließen mit einem **Wort der Sympathie** für Griechenland und die Griechen.

Die Diskussion über Griechenland und über die Griechen erreichte in den letzten Wochen vor allem in der Medienberichterstattung teils chauvinistische Züge. Ich höre von in Baden-Württemberg lebenden Griechinnen und Griechen, dass sie unfreundlichen Diskussionen

ausgesetzt sind.

Dies finde ich skandalös und wir alle sollten dem entgegenreten.

Ich möchte an dieser Stelle danke sagen an alle Landsleute griechischer Herkunft, die in Jahren und Jahrzehnten, teilweise in zweiter und dritter Generation, viel beigetragen haben zum wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs und zum kulturellen Leben unseres Bundeslandes. Ich möchte ihnen meinen Respekt und meine Sympathie aussprechen.